

Deutschösterreich und die Sukzessionsstaaten.

Innerhalb der Entente bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß Deutschösterreich nicht als alleiniger Erbe der ehemaligen Monarchie gelten und nicht allein mit den finanziellen Folgen des Krieges und des Zusammenbruches belastet werden dürfe. Mit Ueberraschung und nicht ohne Genugtuung erfährt man heute, daß der „Temps“ geradezu hörbar von dem Standpunkte der Tschecho-Slowaken, Polen und Jugoslawen abrukt, die jede finanzielle Verantwortung und Schuldverpflichtung auf Deutschösterreich abwälzen wollen. Unsere Friedensdelegation in St.-Germain schöpft aus dem Artikel des „Temps“, der die Aufteilung der Kriegsschulden auf alle Sukzessionsstaaten als Gebot wirtschaftlicher und politischer Notwendigkeit fordert, die Hoffnung, daß eine erträglichere Formulierung der finanziellen Bedingungen des Friedensvertrages mit Deutschösterreich erwartet werden könne. Die Beurteilung der finanziellen Dürdebergerpolitik der andern Sukzessionsstaaten durch den „Temps“ läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Daß sich der „Temps“ hierbei nicht etwa von sentimentalischen Empfindungen gegenüber Deutschösterreich leiten läßt, ist selbstverständlich; für ihn ist das Interesse des französischen Kapitals wesentlich mitbestimmend, das durch einen Bankrott Deutschösterreichs erheblich geschädigt würde. Die Stimme des „Temps“ ist übrigens nicht vereinzelt; auch amerikanische Blätter geben nun einer wahrheitsgemäßen Schilderung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Deutschösterreichs Raum und lehnen sich gegen die Absicht der andern Sukzessionsstaaten, die ehemalige Monarchie zu verlassen, ohne die Bege zu begreifen. Man steht anscheinend einem durchgreifenden Wandel der Anschauungen in der Entente gegenüber, der hoffentlich in den finanziellen Bedingungen seinen Ausdruck finden wird.

Der „Temps“ für gerechte Aufteilung der Kriegsschulden auf alle Sukzessionsstaaten.

St.-Germain, 22. Juni. In seinem wirtschaftlichen Teil bringt der „Temps“ folgenden Artikel:

Obgleich die Friedensverhandlungen mit Desterreich unsre Bevollmächtigten nur in zweiter Linie beschäftigten, interessiert doch

ihre Lösung dem französischen Sparer und den andrer Länder, da seit langem in der alten Doppelmonarchie zahlreiche Gelder dieser Sparer angelegt wurden.

Man begreift, daß sich unsre Kapitalisten die Finanzklauseln sehr genau ansehen werden, die man schließlich in den österreichischen Friedensvertrag aufnehmen wird. Der Bankrott dieses Landes würde allen seinen Gläubigern schaden, einschließlich jener, die politisch von ihm abgetrennt wurden. Ist es denn tatsächlich möglich, daß die 6,200,000 Einwohner des neuen Desterreich, diese Ueberbleibsel einer Bevölkerung von 28 Millionen, der schweren Last gerecht werden sollten, die ihnen aus der alleinigen Verantwortung für eine Kriegsschuld von 68 Milliarden erwächst, wozu ein entsprechender Teil der Vorkriegsschuld von 11 Milliarden käme, angesichts der Tatsache, daß dieses neue Desterreich noch dazu seiner hauptsächlichsten Produktionsmöglichkeiten beraubt ist. Das neue Desterreich mit seiner Hauptstadt von 2 1/2 Millionen Einwohnern, das im übrigen Bergland ist, scheint wie ein Kopf ohne Körper. Wien ist eine Stadt der Kunst und des Vergnügens. Das Land hat wenig Industrien, es verliert alle seine Bergwerke, es ist dazu verurteilt, ungeheuer viel zu importieren, jetzt, wo es nichts mehr hat, um die Importe zu bezahlen, seiner ausländischen Guthaben beraubt, verliert es die Gelder, die die Badegäste und Touristen in Böhmen und Tirol ließen, verliert es die Frachten und Versicherungen in der Adria. Die Aufhebung der Geldeinheit durch Stemplung der tschecho-slowakischen Kronen verschärft die Lage, da sie Neuösterreich ungeheure Verluste im Wechselkurs auferlegt. Diese Lage darf nicht oberflächlich beurteilt werden, wenn man nicht verderbliche Folgen nicht bloß auf den Schuldner, sondern auf ganz Europa heraufbeschwören will.

Das Vorhaben, die bei der Zerstückelung der Monarchie entstandenen neuen Staaten von der Kriegsschuld zu befreien, ist ebenso ungerecht wie unvernünftig. Seit langem gilt der Grundsatz, daß die Schuld auf dem Gebiete haftet. Dieser Grundsatz ist im vorliegenden Falle besonders gebieterisch. Wir kennen den Einwand, daß nämlich die von Desterreich getrennten Staaten niemals aufgehört haben gegen die imperialistische Herrschaft der Habsburger zu protestieren und daß sie nach deren Zerstörung sich ipso facto als frei von allen finanziellen Engagements der einstigen Monarchie betrachten. Diesem Argument kann man mit einer gewissen Berechtigung die Antwort entgegenhalten, die Clemenceau am 16. d. an den Präsidenten der deutschen Delegation gerichtet hat. Das deutsche Memorandum gab vor, daß das deutsche Volk durch die Revolution bewiesen habe, daß es für die Politik seiner Herrscher nicht verantwortlich war. Clemenceau hat darauf geantwortet, daß diese Aenderung die Liquidierung der Kriegsschulden nicht beeinflussen könne. „Die deutsche Revolution wurde aufgeschoben, bis die deutschen Heere im Felde geschlagen worden waren, bis alle Hoffnung auf den Sieg geschwunden war. Solange der Krieg dauerte und auch vor dem Kriege waren das deutsche Volk und seine Vertreter für den Krieg, sie haben die Kredite bewilligt, sie haben Kriegsanleihe gezeichnet, sie haben allen Befehlen ihrer Regierung gehorcht, mögen sie auch noch so barbarisch gewesen sein, sie haben die Verantwortlichkeit ihrer Regierungen geteilt, denn wenn sie gewollt hätten, hätten sie sie jeden Augenblick stürzen können. Wenn die deutsche Regierungspolitik Erfolg gehabt hätte, so hätte sie das deutsche Volk mit ebensoviel Enthusiasmus begrüßt wie seinerzeit den Ausbruch des Krieges. Das deutsche Volk kann daher nicht verlangen, daß es, weil es nach dem Verluste des Krieges seine Regierung wechselte, den Folgen der Kriegsgeschichte entgehe.“

Wer kann bestreiten, daß die Lage nicht eine gewisse Ähnlichkeit mit jener der jetzt von Deutschösterreich getrennten Staaten hat? Tschecho-Slowaken, Jugoslawen, Polen und Rumänen haben die kaiserlichen Anleihen gezeichnet, ihre Bankiers haben die nötige Propaganda gemacht. Vielleicht

konnten sie nicht anders, vielleicht haben sich manche von ihnen beeilt, diese Papiere zu verkaufen, die sie mehr oder weniger freiwillig gekauft hatten. Nichtsdestoweniger bleibt ihre Verantwortlichkeit aufrecht. Nebenbei bemerkt: Heißt es nicht, sich selbst ruinieren, wenn man erklärt, an der Verantwortung für diese Kriegsschuld unbeteiligt zu sein und sie den sechs Millionen Desterreichern in Rechnung stellt, die allein nicht imstande sind, sie zu tragen? Die Besitzer solcher Schuldenpapiere, und es gibt deren viele unter den befreiten Nationen, arbeiten auf diese Art selbst auf den Bankrott ihres Vermögens hin. Fügen wir hinzu, daß viele von ihnen Depots in Wiener Banken haben, an Versicherungsgesellschaften und Kreditunternehmungen beteiligt sind, Gelder in Sparkassen haben, deren Sitz in der alten Hauptstadt der Monarchie ist und deren Portefeuilles gefüllt sind mit derartigen Anleihepapieren. Würde nicht das Aufhören der Auszahlung der Anleihecoupons alle miteinander ruinieren? Haben sie nicht ein Interesse daran, die Lasten so ungeheurer Engagements mittragen zu helfen, um das Ihrige zu retten? Die Alliierten haben die Pflicht, unter diesen Umständen ein Werk der Gerechtigkeit und der Hilfe zu leisten. Das neue Desterreich erwartet von ihrer Seite noch Vorschläge und ein Programm. Mögen sie nicht überrascht sein, wenn Deutschösterreich mehr noch aus Geschäftssinn als aus politischer und ethnischer Zuneigung den Anschluß an Großdeutschland erstrebt. Nach dem Anschluß besteht die Frage des ruinösen Wechselkurses nicht mehr, weil sich die Staatsfinanzen beider Republiken vermischen. Die Aussicht ist verführerisch. Es ist die höchste Zeit für die Entente, daß sie eine Situation in ernstliche Erwägung zieht, die, wir wiederholen es, auch ihre eigenen Kapitalisten nahe berührt.

New-York, 22. Juni. (Zuspruch.)

„New York Herald“ veröffentlicht einen Bericht seines Pariser Mitarbeiters über Deutschösterreich. Die einzelnen Nationalstaaten, die aus der alten Monarchie entstanden sind, zeigen sich in Paris groß, zu Hause aber sind ihre Regierungen schwach. Den Völkern wurde Freiheit und freies Wirtschaftsleben versprochen, aber überall herrsche Mißtrauen, so daß die einzelnen Nationen vom Wirtschaftsverkehr abgeschreckt sind, da die Frachtwagen unterwegs gestohlen werden. Kaufmännisches Vertrauen und Kredit bestehen nicht, da jede Nation eine andere Währung hat. Jede Nation ist von Haß erfüllt, den sie durch Jahre in sich aufgespeichert hatte. Überall stehen Eckenredner, die mit Emphase über den Kohlen- und Nahrungsmittelmangel und hundert andere Fehler sprechen, die ihre Regierung begangen hatte, dabei aber nicht die glorreiche Geschichte der Vergangenheit vergessen und die ruhmreich gewonnenen Schlachten der letzten zehn Jahrhunderte aufzählen. Wenn man nun bedenkt, daß die Tschecho-Slowakei Kohle, Stahlwerke und Zucker hat, Ungarn ein unheurer Getreidespeicher ist, Kroatien eine berühmte Viehzucht und Galizien Petroleum hat, so bleibt für den Ueberrest des alten Desterreich nicht viel übrig. Jeder einzelne der neuen Nationalstaaten hat einen Ueberfluß an eigenen Produkten, nur Deutschösterreich hat nichts, das es gegen Lebensmittel oder Rohstoffe eintauschen könnte. Wenn die früheren Bewohner Desterreich-Ungarns tatsächlich das Recht erhalten, Deutschösterreichs Guthaben zu expropriieren, so verliert dieses Land zwei Drittel seines Vermögens. Wenn dann Deutschösterreich seinen eigenen Staatsbürgern die Verluste in den Nationalstaaten ersetzen und noch überdies Kriegsschuldungen zahlen soll, so ist es buchstäblich ruiniert.

Der Eindruck bei unsrer Friedensdelegation.

Telegramm unsres Sonderberichterstatters.

St.-Germain, 22. Juni.

Die Mitteilungen des „Temps“ über unsre finanzielle Lage und die daran geknüpften, für uns außerordentlich günstigen Schlußfolgerungen haben bei der Friedensdelegation lebhafteste Interesse hervorgerufen; rührten sie doch